

# Umweltpolitiker warnen vor Reformplänen

Pläne zur Erneuerung des föderalistischen Systems führten zu Kompetenzgerangel

**Die Pläne der großen Koalition für eine Föderalismusreform stoßen auf wachsende Kritik bei Umweltpolitikern und Experten. Umweltverbände warnen vor Öko-Dumping und Kompetenzwirlwarr. Jetzt fordert auch das Bundesumweltministerium Korrekturen.**

BERLIN · Die seit Jahren kontrovers diskutierte „Jahrhundertreform“, die die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern neu regeln soll, sollte auch im Bereich des Umweltschutzes zu einheitlicheren, unbürokratischeren und europa-tauglicheren Gesetzgebungs- und Genehmigungsverfahren führen. Doch erst jetzt, wo eine Einigung in greifbarer Nähe scheint und die Arbeitsgruppe Föderalismusreform der großen Koalition ihre Ergebnisse auf den Tisch gelegt hat, schlagen Umweltschützer und Experten Alarm.

Die zwischen Union und SPD ausgehandelten Pläne für die große Verfassungsreform seien „schlampig“ ausgearbeitet und würden nur zu einem „Wettbewerb der Bundesländer um die niedrigsten Umweltstandards führen“, kritisierte am Freitag die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Was die Föderalismuskommission jetzt vorschläge, „wirft uns in vielen Bereichen hinter den jet-

zigen Stand zurück“ warnte DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch. Die Pläne würden das Vorhaben der großen Koalition gefährden, mit einem einheitlichen Umweltgesetzbuch das Zuständigkeitswirlwarr zwischen dem Bund und den 16 Ländern zu beenden. „Bund und Länder werden künftig Pingpong spielen“, befürchtet die Umwelthilfe.

Ähnlich besorgt hatte Ende Dezember auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in einem Brandbrief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie den Bundesinnen- und den -umweltminister Alarm geschlagen. „Lückenhaft, unsystematisch und in hohem Maße geeignet, Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern herbeizuführen“ seien die Pläne, kritisierte das Gremium, das die Bundesregierung in umweltpolitischen Fragen beraten soll.

Der Bund bekäme künftig zwar ein Rahmengesetz in vielen umweltpolitischen Feldern. Doch würde zugleich den Ländern „in extremer Weise das Recht auf abweichende Regelungen eingeräumt“, warnt der Sachverständigenrat. Für wichtige Bereiche wie die Förderung der Erneuerbaren Energien, die Chemikaliensicherheit und den Klima-

schutz seien nicht mal spezifische Kompetenztitel für den Bund vorgesehen.

So wie der Sachverständigenrat mahnt auch die Umwelthilfe dringende Korrekturen an den Vorschlägen an. Umweltpolitiker und Umweltministerium, die bisher in die Verhandlungen über die Föderalismusreform überhaupt nicht einbezogen waren, müssten die Reißlinie ziehen, um im Gesetzgebungsverfahren „das Schlimmste zu verhindern“. Umweltminister Sigmar Gabriel müsse sich jetzt in die Diskussion einschalten. Aus dessen Ministerium heißt es mittlerweile auch, es gäbe „Veränderungsbedarf“. „So wie die Vorschläge jetzt sind, kann es nicht bleiben. Der Bund muss klarere Kompetenzen bekommen“ fordert auch SPD-Umweltpolitiker Ulrich Kelber. Doch nach langem Verhandlungspoker ist andernorts die Bereitschaft eher gering, das Gesetzespaket aufzuschnüren.

VERA GASEROW